



Gemeindeverwaltung Kriens
Präsidialdienste
Frau Yvette Estermann
Einwohnerratspräsidentin
Postfach 1247
6011 Kriens

Kriens den 11.3.2019

Postulat

zur Vorbereitung eines möglichen Rechtsweges der Stadt Kriens in Bezug auf die unbefriedigenden Auswirkungen des bisherigen Planungsverlauf für das Krienser Teilstück des ByPasses A2 unter Berücksichtigung des unergiebig verlaufenden politischen Prozesses.

Seit Jahren kämpft die Gemeinde und jetzt Stadt Kriens zusammen mit dem Allparteien-Komitee «ByPass so nicht» gegen die unannehmbaren Auswirkungen der vorliegenden Planung. Unterstützt werden die Bemühungen durch eine diesbezügliche Petition des Krienser Volkes mit gegen 3000 Unterschriften. Die erfreuliche Gestaltung des Südportals kann als Erfolg dieser Bemühungen bewertet werden. Damit ist aber das Problem der offen geführten 8-spurigen Autobahn im übrigen Gemeindegebiet in Bezug auf Lärm, Immissionen und Ortsbildschädigung sprich Lebensqualität im unmittelbaren Bereich von ca 15000 Einwohnern nicht gelöst. Die durchgeführte städtebauliche Potentialanalyse zeigt als Kompromiss eine Lösungsmöglichkeit auf. Es sieht aber immer mehr aus, dass die Stadt Kriens mit deren Realisierung alleine gelassen wird, was eine wirksame Ausführung wegen Ueberforderung der finanziellen Möglichkeiten und einem geschätzten Zeithorizont von gegen 50 Jahren zu einem Wunschdenken verkommen lässt. Das ASTRA hat sich aus diesem Projekt (finanziell) zurückgezogen und der Kanton verhält sich leider passiv, obwohl sich der Kantonsrat im Rahmen der Behandlung der Petition einstimmig für ein Eingehen auf die Krienser Anliegen und für eine Zusammenarbeit der lokalen und kantonalen Behörden ausgesprochen hat. Es zeichnet sich also leider immer mehr ab, dass der Rechtsweg als einzige verbleibende Möglichkeit angegangen und durchgezogen werden muss.

Der Stadtrat von Kriens wird aufgefordert umgehend zu prüfen ob bereits jetzt Abklärungen zur Vorbereitung des Rechtsweges einzuleiten sind.

Insbesondere geht es auch um folgende Fragen:

Gibt es spezialisierte in solchen Angelegenheiten bereits erfahrene Rechtsvertreter für ein solch komplexes Verfahren ? Hat der Stadtrat eventuell schon Kontakt mit möglichen Advokaturen aufgenommen?

Wieweit können damit Erfahrungen anderer Gemeinwesen, die sich prozessual gewehrt haben bereits bei der Vergabe miteinbezogen werden?

Sind juristische Vorabklärungen nötig? Ist der Stadtrat bereit, nötigenfalls sogar bereits im Budget 2019 Mittel einzustellen, damit diese rechtzeitig veranlasst werden können?

Ist es nicht angezeigt, dass zur Beurteilung einer Erfolgsmöglichkeit alle relevanten Rechtsgegenstände bereits vor dem Beschreiten des Rechtsweges analysiert und fachjuristisch beurteilt werden sollten?

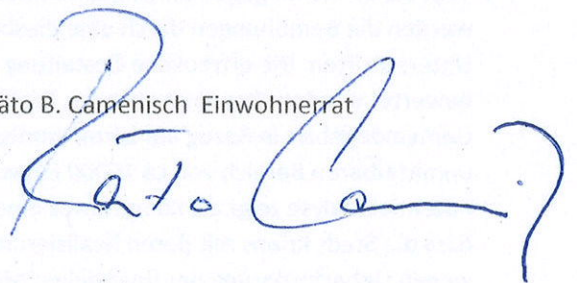
Wie gross ist die Möglichkeit, dass durch eine prozessuale Behandlung ein Ausführungsaufschub ausgesprochen wird, der seinerseits einen gewissen Druck aufsetzen würde für allfällige Vergleichslösungen?

Ist dem Stadtrat bekannt, dass im Nationalrat Bestrebungen bestehen, im Bereiche des Nationalstrassenbaus das Einspracherecht einzuschränken?

<https://www.srf.ch/play/tv/sendung/10vor10?id=c38cc259-b5cd-4ac1-b901-e3fddd901a3d>

Eine baldige Behandlung des Postulats drängt sich auf, als unmittelbares Zeichen des Willens der Stadt Kriens, den Rechtsweg zu beschreiten und damit den Kampf für seine Interessen wenn nötig bald und gut vorbereitet aufzunehmen. Mit diesem Postulat würde Kriens den ersten Schritt von der blossen Androhung hin zur konkreten Planung des Rechtsweges demonstrativ machen und damit trotz weiterhin verbleibender Kompromissfähigkeit allen Akteuren Ernsthaftigkeit und Entschlossenheit signalisieren.

Räto B. Camenisch Einwohnererrat

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Rato Camenisch', with a large, stylized flourish at the end.